



Illustration: The Noun Project/Roman Shvets

Foto: AFP/Ornella Lamberti



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freitag, 23. März 2018

73. Jahrgang/Nr. 70

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT
Vergesst die Mutigen nicht!

Nelli Tügel über den Verkauf der Doğan-Gruppe in der Türkei

Ein der AKP-Regierung ergebener Konzern plant, die größte Mediengruppe der Türkei zu kaufen. Die Nachricht ist skandalös, auch wenn einige im Westen mit den Schultern zucken mögen, nach dem Motto: Tja nun, Pressefreiheit gibt's dort sowieso nicht mehr. Das ist ein Irrtum, auf den auch die verbliebenen regierungskritischen Blätter wie »Evrensel«, »Cumhuriyet« oder »BirGün« immer wieder hinweisen. Sie sagen: Wenn ihr die Pressefreiheit schon für tot erklärt, dann vergesst ihr uns! Wir aber machen unsere Arbeit – unter widrigsten Umständen. Die Doğan-Gruppe gehört freilich schon länger nicht mehr zu denen, die der Regierung mit kritischem Journalismus das Leben schwer machen. Zeitungen wie die auflagenstarke »Hürriyet« oder Sender wie CNN-Türk haben sich dem Druck Erdogans in den vergangenen Jahren zu oft ergeben und beispielsweise in Ungnade gefallene Reporter entlassen.

Nun aber sollen sie direkt unter der Kontrolle der Regierung stehen – insgesamt beträfe dies dann 90 Prozent der türkischen Medien. Der Doğan-Deal ist weder das Ende der Pressefreiheit in der Türkei, noch ist es der Anfang einer Entwicklung, die diese immer weiter erdrückt. Er ist ein weiterer Schritt zur Autokratisierung – allerdings ein ziemlich großer.

Umso wichtiger, diejenigen, die weiter mit Herzblut und einer gehörigen Portion Mut freie Medien produzieren, zu unterstützen. Sie halten die Fahne der Pressefreiheit hoch. Auch wenn der Wind, der ihnen entgegenschlägt, eisiger kaum sein könnte.

UNTEN LINKS

Ihre Schultern sind ein wenig kantig, die Mimik sieht nach einer Überdosis Botox aus und manchmal lächelt sie unbeholfen. Auf den ersten Blick ist die angebliche Ähnlichkeit mit Audrey Hepburn nicht ersichtlich. Obwohl Staatsbürgerin Saudi-Arabiens, trägt sie lediglich eine transparente Schädeldecke. Am Mittwoch hat sie einer weiteren Branche, die sich bisher davor sicher glaubte, in naher Zukunft der Digitalisierung zum Opfer zu fallen, einen herben Schlag versetzt, nämlich dem allgemeinen Studien- und Vortragswesen: Sophia, ein humanoider Roboter aus dem Hause Hanson Robotics in Hongkong, hielt den Eröffnungsvortrag bei einer Technologie-Konferenz in Kathmandu vor Vertretern von Regierung, Medien und der Branche. »Technologie und künstliche Intelligenz können helfen, Armut und Hunger zu beenden, Korruption zu bekämpfen und die Gleichstellung der Geschlechter herzustellen«, sagte Sophia. Der Beifall der Konferenzteilnehmer klang merkwürdig monoton. *rst*

ISSN 0323-3375



Gegen alle? Gegen China!

Trump revidiert seine Handelspolitik kurz vor Inkrafttreten der Stahlzölle



Auf deutschen Stahl, etwa der Salzgitter AG, wird kein Zoll erhoben.

Foto: dpa/Julian Stratenschulte

Berlin. Donald Trump ist gerade dabei, seine Handelspolitik zu revidieren. Das Motto »USA gegen den Rest der Welt« wird beim Inkrafttreten der neuen Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte an diesem Freitag zumindest aufgeweicht. Nach den NAFTA-Partnern Kanada und Mexiko werden auch Australien und Argentinien von den Maßnahmen ausgenommen, die den kriselnden US-Herstellern auf die Sprünge helfen sollen. Auch Vertreter der EU schafften es quasi in letzter Minute, dies für europäische Unternehmen zu erreichen. EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström und Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier

hatten mehrere Tage lang Gespräche mit Regierungsvertretern in Washington geführt.

Ganz offensichtlich will Präsident Trump potenzielle Bündnispartner nicht verprellen angesichts des von ihm angestrebten Handelskonfliktes, der sich gegen einen bestimmten Gegner richtet: China. Das US-Handelsdefizit mit der Volksrepublik hatte im vergangenen Jahr einen Rekordwert von 375 Milliarden Dollar erreicht. Hier bereitet Trump ein riesiges Paket mit Zöllen und anderen Maßnahmen vor, um gegen den von ihm beklagten Diebstahl geistigen Eigentums US-amerikanischer Unternehmen durch chinesische

Firmen sowie erzwungenen Technologietransfer vorzugehen. Das Weiße Haus spricht scharf von »wirtschaftlicher Aggression«. Der Vorschlag von Trumps Handelsbeauftragtem Robert Lighthizer sah ein Volumen von 30 Milliarden Dollar vor. Wie US-Medien berichteten, wolle der Präsident dies verdoppeln.

Peking reagierte auf den Vorstoß aus Washington mit Empörung: »China wird sich nicht einfach zurücklehnen und ignorieren, dass seine legitimen Rechte und Interessen verletzt werden«, sagte eine Sprecherin des Pekingener Außenministeriums am Donnerstag. *KSt*

Seite 2

Niederländer honorieren lokale Parteien

Kommunalwahl verstärkt Trend zu zerklüfteter Parteienlandschaft / Überwachungsgesetz könnte kippen

In fast der Hälfte der Kommunen gewannen bei den Wahlen am Mittwoch Parteien, die auf nationaler Ebene nicht tätig sind. Sowohl rechte als auch linke Kräfte profitierten.

Von May Naomi Blank, Nijmegen

In 335 von 380 niederländischen Gemeinden fanden am Mittwoch Kommunalwahlen statt. Was auffallend ist: Vor allem lokale Parteiinitiativen konnten bei der Wahl punkten. So wurden in 164 von 335 Kommunen Parteien stärkste Kraft, die nicht auf nationaler Ebene tätig sind. In Tilburg zum Beispiel gewann die Lijst Smolders mit 20,88 Prozent der Stimmen, gegründet von Hans Smolders, dem ehemaligen Chauffeur des rechten Politikers Pim Fortuyn. Viele der kleinen Parteien sind eher rechts und konnten mit Bürgernähe punkten. Die Wilders-Partei PVV trat wegen Personalmangels nur in wenigen Kommunen an.

Durch die vielen Newcomer in der Parteienlandschaft wird die Koalitionsbildung auf lokaler Ebene voraussichtlich schwierig werden, etwa in Rotterdam, wo höchstwahrscheinlich fünf Parteien koalieren müssen. Der Politikexperte Joost Vullings kommentiert dies für den Nachrichtensender NOS: »Auf der einen Seite ist das toll, denn viele Bürger fühlen sich repräsentiert. Aber für die Stadt- und Gemeinderäte bedeutet das knallhart arbeiten, denn sie können ihr Arbeitspensum nicht auf mehrere Kollegen aufteilen.«

Der Trend hin zur Wahl von kleineren Parteien wirkte sich auch positiv auf die Partei DENK aus, eine sozialdemokratische Partei, die vor allem Wähler mit Migrationshintergrund anspricht, und die Partij voor de Dieren, eine linke Tier- und Umweltschutzpartei. Die größten Gewinner aus der nationalen Politik waren die grüne Partei GroenLinks in den Städten und die Christendemo-

kraten auf dem Land. Die niederländische Linkspartei SP und die Sozialdemokratische PvdA verloren hingegen deutlich. Die Grünen haben sich in den letzten Jahren vor allem durch ihre Pro-Asylpolitik und ihren charismatischen Parteichef Jesse Klaver profiliert, während die SP keine deutliche Haltung zum Thema Flüchtlinge und Rassismus bezog und durch den Rücktritt ihres Parteichefs Emile Roemer Sympathien verloren hat. So konnten sie nur in der sozialistischen Hochburg Oss und im Ostgröninger Perkelde stärkste Partei werden. Die Wahlbeteiligung war mit insgesamt 55 Prozent relativ niedrig.

Parallel zu den Kommunalwahlen stimmten die Niederländer landesweit über ein Gesetz ab, welches den Nachrichten- und Sicherheitsdiensten weitreichende Kompetenzen zur täterunabhängigen Überwachung von Onlinekommunikation geben soll. Noch sind nicht alle Stimmen ausge-

zählt, es scheint aber, als könnte das Gesetz mit einer hauchdünnen Mehrheit abgelehnt werden. Bis Donnerstagabend wurden knapp über 90 Prozent der Stimmen ausgezählt, 48,7 Prozent stimmten gegen, 47,3 Prozent für die Gesetzesreform. Die Mindestbeteiligung von 30 Prozent wurde mit 51,5 Prozent weit überschritten. Sollten die Nein-Stimmen tatsächlich überwiegen, muss das Kabinett das Gesetz überarbeiten.

Lesen Sie morgen im wochen-nd

Gerecht gehandelt – ein Acht-Seiten-Paket zum Thema Fair Trade. U.a. mit Besuchen in Gent und Rostock, auf der Baumwollplantage und beim IT-Zulieferer

Türkei: Mediendeal sorgt für Kritik

Größter Medienkonzern des Landes soll an AKP-nahe Holding gehen

Istanbul. Wie der Doğan-Medienkonzern in der Nacht zum Donnerstag mitteilte, laufen Gespräche über den Verkauf der Mediengruppe an die regierungsnahe Holding von Erdoğan Demiroren. Zur Doğan-Gruppe gehören u.a. die Zeitung »Hürriyet« und der Nachrichtensender CNN-Türk, die zu den letzten halbwegs unabhängigen Medien der Türkei gezählt werden. Journalisten reagieren alarmiert auf die Verkaufspläne. »Mit dieser riesigen Übernahme (...) kommt die türkische Massenmedien-Industrie unter die direkte politische Kontrolle von Präsident Erdoğan«, schrieb der Kolumnist Kadri Gürsel im Kurznachrichtendienst Twitter.

Laut Doğan soll Demiroren rund eine Milliarde Dollar zahlen. An der Doğan TV Holding ist seit 2007 auch Axel Springer beteiligt. Laut dem Konzern hält er noch sieben Prozent, nachdem er seine Beteiligung in den vergangenen Jahren zurückgefahren hatte. Es gebe schon länger die Absicht, sich aus dem türkischen Konzern zurückzuziehen, erklärte ein Sprecher von Springer. *AFP/nd*

Mit Gewinn unpünktlich

Deutsche Bahn vermeldet Rekorde, Kritiker sehen Mängel

Berlin. Fahrgastrekord, mehr Umsatz, mehr Gewinn: Gemessen an den Zahlen für 2017 läuft es bei der Deutschen Bahn gut. »Das kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir bei Qualität und Pünktlichkeit nachlegen müssen«, sagte Vorstandschef Richard Lutz.

In Europa stieg die Fahrgastzahl um 5,3 Prozent auf 4,7 Milliarden, im Fernverkehr nahm sie um 3,2 Millionen auf 142 Millionen zu. Der Umsatz stieg um 5,2 Prozent auf 42,7 Milliarden Euro, der Gewinn legte um 6,8 Prozent auf 765 Millionen Euro zu. Abzüge gibt es bei der Pünktlichkeit: Im Fernverkehr waren 78,5 Prozent der Züge pünktlich – angepeilt waren 82 Prozent.

Das Bündnis »Bahn für Alle« warf dem Staatskonzern Mängel im Kerngeschäft und Verantwortungslosigkeit vor. So kritisierte es, dass die politischen Vertreter im Aufsichtsrat der Vertragsauflösung und der Milliardenabfindung des Ex-Bahnchefs Rüdiger Grube zustimmen. Die Zahl der Politiker im Aufsichtsrat soll nach Koalitionsplänen ausgeweitet werden. *AFP/nd* *Seiten 4 und 17*

Ermittlungen gegen Nicolas Sarkozy

Frankreichs Ex-Präsident gerät wegen Geld aus Libyen unter Druck

Paris. In der Affäre um illegale libysche Wahlkampfspenden erhöht die französische Justiz den Druck auf den früheren französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy: Sie eröffnete am Mittwoch ein formelles Ermittlungsverfahren gegen den 63-Jährigen. Die Vorwürfe lauten auf Bestechlichkeit, unrechtmäßige Wahlkampffinanzierung und Unterschlagung öffentlicher libyscher Gelder. Sarkozy warf der Justiz ein Mangel an Beweisen vor.

In einer Erklärung Sarkozys an die Justiz hieß es nach Angaben der Zeitung »Le Figaro«, seit 2011 werde ihm durch »diese Verleumdung das Leben zur Hölle gemacht«. Es gebe keine »greifbaren Beweise«, welche die Vorwürfe stützten, betonte der konservative Politiker, der von 2007 bis 2012 Präsident war. Sarkozy war zuvor zwei Tage lang von Anti-Korruptionsermittlern befragt worden. Dabei ging es um den Verdacht, der frühere libysche Machthaber Muammar al-Gaddafi habe 2007 Sarkozys Präsidentschaftswahlkampf mitfinanziert. Dabei sollen bis zu 50 Millionen Euro geflossen sein. *AFP/nd* *Seite 8*